

Editorial

Nachhaltige Entwicklungspolitik oder nachhaltige Handelsentwicklung?

„Die Welthandelsorganisation (WTO) ist die einzige Institution, die Regeln für den grenzüberschreitenden Handel erlässt. (...) Das Ziel ist, die Anbieter von Waren und Dienstleistungen, die Exporteure und Importeure zu unterstützen.“ (vgl. www.wto.org).

Diese Institution fördert den uneingeschränkten Freihandel, der den Menschen vermeintlich Wohlstand bringen soll. Sie bekämpft somit alle Formen des „Protektionismus“, auch solche, die unter dem Banner des sozialen Zusammenhalts stehen. Soziale Regulierungsmechanismen sind im Fadenkreuz dieser Organisation, die kein demokratisches Modell darstellt und doch supranationale Macht genießt.

Nehmen wir nur eines von zahllosen Beispielen: Die WTO hat vor kurzem eine Entscheidung über die Genehmigung von GVOs getroffen. Nach Meinung dieser Organisation **verstoßen die von einigen europäischen Parlamenten** im Namen des Vorsorgeprinzips erlassenen **Verbote gegen die internationalen Handelsabkommen**. Das Vorsorgeprinzip scheint seinen Ursprung in Deutschland zu haben, wo die Behörden befugt waren, eventuellen Risiken durch alle „erforderlichen und verhältnismäßigen Maßnahmen“ zu begegnen.

Die Konferenz von Rio hat das Vorsorgeprinzip am 13. Juni 1992 geopfert: *«Zum Schutz der Umwelt wenden die Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten weitgehend den Vorsorgegrundsatz an. Drohen schwerwiegende oder bleibende Schäden, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben.»*

Die Umweltpolitik der Gemeinschaft (vgl. Artikel 130r Abs. 2 des Maastrichter Vertrags von 1992) strebt einen hohen Schutz unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen in den verschiedenen Regionen der Gemeinschaft an. Die Politik basiert auf den Prinzipien der Vorsorge und Vorbeugung, dem Grundsatz, Umweltbeeinträchtigungen vorrangig an ihrem Ursprung (Verursacherprinzip) zu bekämpfen.

Der Europäische Ministerrat von Göteborg (Juni 2001) hat eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung unter Verantwortung der Kommission beschlossen. Neben der Umweltdimension, die die Lissabonstrategie ergänzt, hat die EU eine Reihe von Leitlinien festgelegt, zum Beispiel: **Steuerung der Globalisierung, Handel im Dienste der nachhaltigen Entwicklung, Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen Entwicklung, nachhaltige Verwaltung natürlicher und ökologischer Ressourcen.**

Diese Leitlinien sind Herzstück der Solidarwirtschaft: aufgeklärt und kritisch über sein Schicksal bestimmen, ohne die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu gefährden und gleichzeitig solidarisch handeln.

Nutzen wir diese Prozesse, solange sie noch nicht für unrechtmäßig erklärt wurden, denn nur allzu bald wird im Namen des freien Handels die nachhaltige Entwicklung, unter deren Banner wir unsere Wirtschaftsalternativen vorstellen, sich auf seine simpelste Ausprägung reduzieren: nachhaltig Handel betreiben!

Eric LAVILLUNIÈRE

Gespräch mit Gilda Farrell und Samuel Thirion

Gilda Farrel und Samuel Thirion arbeiten in der GD Sozialer Zusammenhalt des Europarats in Straßburg

Sie stehen an der Spitze einer europäischen Plattform ethischer und solidarischer Initiativen. Welches sind ihre Ziele?

ST: Unser Ansatz ist, im Rahmen der Strategie zur Förderung des sozialen Zusammenhalts die Mitverantwortung der gesellschaftlichen Akteure im Sinne des allgemeinen Wohls zu betonen. Deshalb sind wir für den Dialog zwischen den Behörden und den Bürgerinitiativen, die sich für Verantwortung und Solidarität einsetzen. Wir haben die Schaffung einer Dialogplattform zwischen den Institutionen des Europarats und Bürgernetzwerken im Bereich der Wirtschaft initiiert, welche sich mit Initiativen, die für solidarische Finanzmärkte, fairen Handel und verantwortlichen Konsum eintreten, sowie Vertretern von Eingliederungsunternehmen und Netzwerken, die einen territorialen Ansatz in der Sozialwirtschaft befürworten, zu einem Unternetz zusammengeschlossen haben. Wir haben eine dreijährige Strategie zur Entwicklung der Plattform mit verschiedenen Themen erarbeitet. Eines dieser Themen ist die Überschuldung von Familien.

Warum die Überschuldung?

GF: Eines der erklärten Ziele der Plattform ist der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung, d.h. die Frage, inwiefern Bürger diese Ziele unterstützen und die öffentliche Politik beeinflussen können. Deshalb ist es uns wichtig, alle Formen der Solidarität zu erfassen, die die Bürger im Kampf gegen die Armut entwickeln können. Die Überschuldung ist ein Phänomen, das in Europa immer häufiger zu beobachten ist. Sie wird unter anderem durch den ständigen Konsum- und Kaufanreiz bedingt. Und die Lösung kann nicht allein in Rechts- und Druckmitteln liegen. Wir müssen auch über solidarische Lösungen nachdenken, die zusammen mit anderen Mechanismen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung greifen.

Ist es ein Vorwand, um über die Konsumarten und diesen Anreiz nachzudenken und nicht nur gegen die Folgen vorzugehen?

ST: Natürlich, wir haben hier ein gemeinsames Interesse, gleichzeitig die Netze zu mobilisieren, die sich für eine solidarische Finanzwelt und für einen verantwortungsbewussten Konsum einsetzen.

Verfolgen Sie noch andere Themen?

GF: Sicher. Wir verfolgen ein höheres politisches Ziel, wie zBsp 2008 zusammen mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds und anderen eine Debatte darüber zu führen, wie die Bürger zum Erreichen der Millenniumsziele beitragen. Wir arbeiten in diese Richtung, um die Formen bürgerlicher Verantwortung und Meinungsäußerung zu betonen, die über das Kaufverhalten den Kampf gegen die Armut unterstützen und nicht über Mildtätigkeit, wie es viele Organisationen anstreben.

ST: Wir greifen auch andere Themen auf, wie verantwortungsvolles Konsumverhalten der Kinder, Instrumente zur Aufklärung und Sensibilisierung der Bürger für den verantwortungsvollen Konsum ... aber dieses Programm wird derzeit noch diskutiert. Der Grundsatz ist, jedes Jahr ein Thema zu behandeln, das in der Reihenfolge Erörterung, Unterbreitung von Vorschlägen, Entscheidung und Umsetzung bearbeitet wird.

Also kein ausdrücklicher Hinweis auf die Solidarwirtschaft?

ST: Wir verfolgen weniger die Entwicklung eines tertiären Sektors als vielmehr das Konzept des Bürgers als bewusstem Verbraucher und Sparer, der durch sein Verhalten die Ethik im Markt fördert und sich im allgemeinen Interesse einsetzt.

Fortsetzung auf der Rückseite

Gelesen und für gut befunden

«La société malade de la gestion»

2005 – Verlagshaus Seuil - Paris

Vincent de Gaulejac

Direktor des «Laboratoire de Changement Social» und Soziologieprofessor in Paris VII.

Ohne Experte für Solidarwirtschaft zu sein, hat uns Vincent de Gaulejac ein äußerst nützliches Werk unter dem Blickwinkel der Soziologie der Unternehmensführung und der unternehmerischen Managementpraktiken geliefert, aber auch aus seiner persönlichen Sicht des Geschäftsführers (eines Forschungslabors), des Wissenschaftlers (nicht utilitaristisch), des Bürgers (der über die Missstände unserer Gesellschaften besorgt ist) und des Kliniklers (mit Gespür dafür, was Leid und Unbehagen verursacht).

Er bestärkt uns in unserer Entscheidung, eine multidisziplinäre Solidarwirtschaft aufzubauen. Wir danken Ben Goerens (OPE Luxemburg), der uns auf das Buch aufmerksam gemacht hat.

Ziel der Geschäftsführung ist, die Arbeit einer Organisation zu rationalisieren und zu optimieren. Der Geschäftsführer handelt im „Sinne des Unternehmens“. Mit zunehmendem technischem Fortschritt ist die Wirtschaft immer globaler und das Kapital heimlos geworden. Die Wirtschaft ist „finanz-gesteuert“ und die Kluft zwischen den Interessen der Aktionäre und der Arbeitnehmer wird immer größer. Der Zweck der Kapitalgesellschaft lässt sich zunehmend auf die Steigerung der Kapitalrendite reduzieren. Der Manager verschreibt sich dem Kapital, zu Lasten der Arbeitnehmer.

Die Betriebswissenschaften sehen den Menschen als Betriebskapital. In unseren sinnentleerten (?) Gesellschaften strebt der Aktionär emotions- und gewissenlos nach Gewinnmaximierung. Er nutzt die Macht, um die Psyche für die Produktionsziele mobil zu machen.

Die Macht des Managers nimmt den Einzelnen gefangen: Sie führt den Menschen dazu, sich aus freien Stücken dieser neuen betriebswirtschaftlichen Ideologie zu unterwerfen, die seltsamerweise bewirkt, dass Menschen jeglichen Maßstab verlieren. Die Kultur der Angst wird zur Norm. Es gilt, in allen Daseinsbereichen volle Leistung zu bringen (selbst bei den Gefühlen) oder zu sterben. Jeder muss gewinnen, um existieren zu können: es findet ein „Platzkampf“* statt.

Die Wirtschaft diktiert auch der Politik ihre Gesetzmäßigkeiten, die sich auf die Steuerung der sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung beschränkt, ohne sie jedoch zu beherrschen, indem die betriebswirtschaftliche Ideologie als Modell der Regierungsführung angewendet wird. Dieses utilitaristische Gedankengut verschärft die Krise der Symbole. Die Mehrung des Wohlstands widersetzt sich dem Wohl.

Dieser neuerliche Paradigmenwechsel begräbt einen Großteil des wirtschaftlichen Gedankenguts unter sich.

Nach der meisterlichen Ausführung seiner These, den verheerenden Folgen der betriebswirtschaftlichen Ideologie, hinterfragt der Autor die Möglichkeiten, dieser Tyrannei zu entgehen. Er schlägt vor, Wirtschaft und Soziales zu vereinen oder die Solidarwirtschaft zu fördern, die zeigt, dass es Alternativen zur Konsumgesellschaft gibt, und mit Nachdruck zu betonen, dass das Immaterielle stärker zählt als das Materielle. Womit aus Sicht des Autors Unternehmensführung und Gesellschaft ausgesöhnt werden könnten.

Wir können ihm nur zustimmen, wenn er Augusto Boal zitiert: „Bürger zu sein, bedeutet nicht, in einer Gesellschaft zu leben, sondern die Gesellschaft zu ändern.“

E.L.

* „Lutte des places“ (Platzkampf) ist der Titel eines weiteren Werks des gleichen Autors, der im Französischen mit dem Gleichklang dieses Titels und des Begriffs „lutte des classes“ (Klassenkampf) spielt. [Anm. d. Red.]

Gespräch mit G. Farrell und S. Thirion (Fortsetzung)

Ethik ist in der Wirtschaft groß in Mode, Stichwort soziale Verantwortung der Unternehmen und sozialverträgliche Investitionen.

ST: Ja, vor allem bei der Kommission, aber unser Ansatz ist ein anderer, denn er geht vom Bürger aus, nicht den Unternehmen. Das staatsbürgerliche Engagement ist seit jeher ein zentrales Element in der Arbeit des Europarats.

GF: Wir sind ein Bindeglied zwischen den Regierungen und den treibenden Kräften der Zivilgesellschaft. Dies unterscheidet unsere von Ihrer Arbeit bei INEES ...

Wo Sie versuchen, die Handelsregeln zu ändern, arbeiten wir an der Entstehung einer dritten Säule (zwischen öffentlichem und privatem Sektor), aber beide streben wir doch wohl nach Solidarität und einer gerechteren Wohlstandsverteilung.

ST: Das Beispiel des fairen Handels ist für uns sehr wichtig, da der Kaufpreis der Produkte positive externe Effekte widerspiegelt, somit also den Markt beeinflusst.

Es stimmt, dass der faire Handel Produkte (auf dem Markt) zu Preisen anbietet, die auch soziale Ziele beinhalten (Deckung der tatsächlichen Rohstoffkosten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Finanzierung gemeinnütziger Projekte...). Aber umso stärker diese soziale Dimension wird, umso schwieriger wird es sein, die Kosten vollständig in den Preis zu integrieren. An diesem Punkt kommt die Solidarwirtschaft ins Spiel, denn dank öffentlicher Unterstützung und freiwilliger Ressourcen wird es möglich sein, das Produkt zu einem für den Verbraucher erschwinglichen Preis anzubieten (der niemals 60 € für ein Paket Kaffee zahlen wird, selbst wenn er bereit ist, sich zu engagieren).

GT: Leider sind wir zahlenmäßig noch nicht stark genug, um diesen Ansatz zu tragen, denn die Fraktion derer, die sich in diesem Sinne einsetzt, erscheint den Entscheidungsträgern wenig glaubwürdig. Wir müssen daher unsere Kräfte bündeln und untersuchen, wo wir konkret zusammenarbeiten können?

ST: Ja, denn es ist offensichtlich, dass unsere Analysen zu den gleichen Ergebnissen führen und wir den gleichen Wandel bewirken wollen. Wir sollten darüber sprechen, wie wir den Markt ändern oder die Entstehung einer dritten Säule steuern können, aber eigentlich ist dies gegenwärtig nicht vorrangig, da wir starke Übereinstimmungen haben und die Verbindung unterschiedlicher Ansätze für den Fortschritt sehr förderlich sein kann. Die Entwicklung der Solidarwirtschaft könnte aufgrund dessen, was sie im Kampf gegen die Armut und für den sozialen Zusammenhalt leisten kann, als Arbeitsansatz dienen. Unser Bestreben ist, konkrete Ziele im Wandel der Politiken zu erreichen und dies ist nicht leicht, da leider manchmal auch gute Konferenzen und Berichte im Nachhinein zu keinem Ergebnis führen.

Somit haben wir einen weiteren gemeinsamen Nenner, da wir das Ziel haben, eine Argumentationshilfe für die Behörden, die Abnehmer sind, als Grundlage für ihre Entscheidungen zu erstellen; es ist wichtig, den Dialog zu nähren.

ST: Sie können sicherlich dank ihrer europäischen Ausrichtung ihren Beitrag im Rahmen des Observatoriums leisten, das wir zum Thema „Solidarwirtschaft“ in der Plattform initiiert haben, denn dort haben wir die besten Möglichkeiten, unsere gegenseitigen Ressourcen zu bündeln.

Der Dialog findet in jedem Fall bereits statt.

ST: Ja, das begrüße ich und hoffe, dass wir uns auf eine zukünftige Zusammenarbeit verständigen werden.

Das Gespräch führte Eric LAVILLUNIERE